Artikel auf t-online vom 07.05.2026:

Verteidigung: So schnell kann Europa ohne Trump auskommen

Aktuell ist Europa militärisch von den USA abhängig. Eine Studie zeigt, wie sich Europa aus der US-Umklammerung lösen kann.

Eine Expertengruppe aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik hält eine weitgehende verteidigungspolitische Autonomie Europas für technologisch machbar und finanzierbar. Die Kosten für eine europäische Souveränität werden in dem am Donnerstag veröffentlichten Papier "Sparta 2.0" auf rund 500 Milliarden Euro über ein Jahrzehnt und damit etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Eigenständige Handlungsfähigkeit und Abschreckung seien keine Frage der Kosten, sondern des politischen Willens, schreiben die Autoren Jeannette zu Fürstenberg, Moritz Schularick, Nico Lange, René Obermann und Tom Enders.

Unter anderem monieren die Studien-Autoren eine europäische Zersplitterung: "Europa betreibt 14 verschiedene Panzertypen, 15 verschiedene Kampfjets und unterschiedliche Kommandosysteme. Diese Fragmentierung vernichtet Skaleneffekte: Europa erzielt laut einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik 30 bis 40 Prozent weniger Fähigkeiten pro investiertem Euro als ein konsolidierter Staat."

Das Fazit des früheren Airbus-Chefs Enders: "Der Engpass ist weder Geld noch Technologie. Es ist der politische Wille, europäisch zu agieren, Entscheidungen zu treffen und diese dann auch schnellstmöglich und pragmatisch umzusetzen."

Erst am Mittwoch hatte der CSU-Politiker Manfred Weber, einflussreicher Fraktionschef der Christdemokraten im Europaparlament, im t-online-Interview gefordert: „Wir brauchen ein militärisches EU-Hauptquartier."

Nun legt die Studie "Sparta 2.0" schonungslos europäische Schwächen offen. Doch weist sie auch Wege aus der Misere. Nach Angaben des Papiers lassen sich die meisten europäischen Rückstände im Zeitraum von drei bis fünf Jahren aufholen. Ex-Telekom-Vorstandschef René Obermann mahnte: "Wer seine Verteidigung nicht selbst organisieren kann, kann sie auch nicht selbst verantworten. Europäische Souveränität ist keine außenpolitische Option, sie ist die Grundbedingung strategischer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit."

Enormes Wachstums- und Jobpotenzial

Um die strategische Abhängigkeit von den USA zu überwinden, identifiziert das Papier zehn Handlungsfelder. Dazu zählen unter anderem der Aufbau eines eigenen Führungssystems, die Massenproduktion von Drohnen, die Entwicklung von Luftverteidigung und eine eigene Satellitenaufklärung. Die Autoren schätzen, dass für diese Schlüsselprogramme bis 2030 Kosten von 150 bis 200 Milliarden Euro anfallen. Signifikante Fortschritte seien binnen drei bis fünf Jahren zu erzielen.

Die Umsetzung solle über Koalitionen einzelner Staaten statt über ein gesamteuropäisches System erfolgen. So könnten etwa Deutschland, Frankreich, Polen und Großbritannien große strategische Programme koordinieren. Zudem seien Verteidigungsinvestitionen auch Technologiepolitik. "Jeder Euro, der in Software, KI und Raumfahrt fließt, kann einen wirtschaftlichen Multiplikator von bis zu 1,5 erzeugen", sagte Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IFW). "Europa kann sich diese Investitionen nicht nur leisten, es kann es sich nicht leisten, sie nicht zu tätigen."

Die Autoren fordern zudem einen Paradigmenwechsel in der Beschaffung – weg von detaillierten Vorgaben hin zu Verträgen, die auf Ergebnissen basieren. "Die Frage ist nicht, ob wir investieren, sondern ob wir die Investitionen so ausrichten, dass sie Europas Handlungsfähigkeit stärken und Technologieführerschaft sowie industrielle Wertschöpfung in Europa verankern", erklärte der Sicherheitsexperte Lange.